

# Spielberger Nachrichten

Nummer 14, August 2013. Zugestellt von Post.at

Gemeindezeitung der KPÖ



## Weg mit dem Regress!

Nur noch in der Steiermark gibt es die Zuzahlungspflicht (Regress) für Angehörige für den Aufenthalt im Pflegeheim oder für die Mindestsicherung. Das ist unsozial und ungerecht. Die KPÖ kämpft für die Abschaffung des Regresses.



**Viele Menschen sind über den Regress empört. Die Familie Gosch aus Feldkirchen hat über 1.500 Unterschriften gesammelt und an KPÖ-LAbg. Claudia Klimt-Weithaler übergeben.**

**Wir** sammeln Unterschriften für eine Petition an den Landtag. Diese Aktion läuft bis in den Herbst. Steiermarkweit haben wir schon über 10.000 Unterschriften. Der Druck wächst.

**Auch** in den Gemeinderäten, in denen die KPÖ vertreten ist, stellen wir den Antrag die Gemeinden sollen vom Land die Abschaffung des Regresses fordern. In Knittelfeld, Spielberg oder Zeltweg wurden diese Anträge bereits angenommen. Auch die Gewerkschaft fordert die Abschaffung des Regresses. Das alles zeigt, der Druck an der Basis steigt. Nur die Landesspitze von SPÖ und ÖVP sind offensichtlich schon so abgehoben, dass sie keine Ahnung haben wie es den Menschen unten geht.

**Wenn** sich viele Menschen einbringen, besteht die Chance dass SPÖ und ÖVP im Land gezwungen sind den Regress abzuschaffen.



**Auf der Rückseite unserer Zeitung ist eine Unterschriftenliste. Bitte ausfüllen und einschicken!!!!**

### Dieser Antrag wurde auf Initiative der KPÖ von allen Parteien beschlossen:

*Der Gemeinderat der Stadt Spielberg spricht sich für die Abschaffung der Kostenbeteiligungspflicht (Regress) für Angehörige von pflegebedürftigen Personen und BezieherInnen von Mindestsicherung aus und fordert das Land Steiermark auf diesen Regress abzuschaffen und sich für eine österreichweit einheitliche Lösung einzusetzen.*

### Begründung:

Bei bestimmten Leistungen, wie der Unterbringung in einem Pflegeheim oder dem Bezug der Mindestsicherung wird je nach Einkommen eine Zuzahlung (Regress) vorgeschrieben. Dabei haften Ehegatten, Eltern für ihre Kinder und Kinder für ihre Eltern.

Bereits ab einem Einkommen ab 1.286 Euro monatlich (1.500 Euro wenn man kein Urlaubs- oder Weihnachtsgeld bezieht) muss ein Kostenrückerersatz geleistet werden. Eine Indexanpassung gibt es nicht. Auf andere Unterhaltsverpflichtungen (Kinder, Ehepartner) wird keine Rücksicht genommen. Auch individuelle Notlagen bleiben unberücksichtigt.

In unseren Sozialsprechstunden haben wir immer wieder gesehen wie unsozial der Regress ist. Eltern wollen ihre Kinder nicht belasten und verzichten daher oft auf Leistungen. Kinder wollen nicht von ihren Eltern abhängig sein.

Auch der Kärntner SPÖ-Landeshauptmann Peter Kaiser meinte wörtlich: „Ältere Menschen zur Verzweiflung zu bringen, indem man ihnen das Gefühl gibt, ihren Kindern auf der Tasche zu liegen, ist das Schlimmste, das man ihnen antun kann.“

Nach dem Wahlsieg der SPÖ in Kärnten wurde der Regress abgeschafft. Nun gibt es den Regress für Angehörige nur noch in der Steiermark. Das ist unsozial und eine Benachteiligung der Steirerinnen und Steirer.

# Machtlos gegen Lärmbelastung?

An Lärm kann man sich nicht gewöhnen. Trotz akustischer Gewöhnung kann Lärm unbewusst weiter auf Körper und Psyche wirken. Bei einem Schalldruckpegel von über 120 Dezibel kann ein einmaliges Lärmereignis schon das Gehör schädigen. Bei den Übungsflügen für die Airpower wurden bis zu 132 Dezibel (!) gemessen, das ist protokolliert.

**Laut** Wikipedia ermittelte die Weltgesundheitsorganisation Lärm als zweitgrößtes Gesundheitsrisiko. Es gibt viele Arten von Lärm, Nachbarschaftslärm, Verkehrslärm und es gibt „spezielle Lärmquellen“ und davon hat das Aichfeld mehr als genug.

**Der** Red-Bull-Ring ist eine davon. Oft ist das ganze Tal vom Motorenlärm erfüllt, der Lärm ist sogar auf der Höhe und auf der anderen Talseite als störend wahrnehmbar. Zum Beispiel erlebten wir zu Christi Himmelfahrt vier Tage lang einen solchen Lärm, dass sogar die geschlossenen Fenster keine Hilfe boten.

**Das** hat KPÖ-GR Erich Wilding veranlasst während der DTM eine Lärmmessung durchführen zu lassen. Diese Messung ergab Lärmwerte, die deutlich über den erlaubten Grenzen lagen. Davon wurde die BH informiert. Bis jetzt hat die Behörde noch nicht geantwortet.

**Die** Lärmbelastung rund um die Airpower ging über Monate. Es wurde in einer Intensität und Lautstärke geflogen, dass sogar Gläser klirren und alles beim Überflug zu dröhnen schien. Nicht nur, dass der Lärm extrem störend war, dabei wurden auch hunderttausende Euros an Steuergeldern im wahrsten Sinne des Wortes in die Luft geblasen.

**KPÖ-GR** Erich Wilding meinte in der letzten Gemeinderatssitzung die Lärmbelastung sei für die Bevölkerung unzumutbar. Die Gemeindeverantwortlichen sollten das nicht einfach so hinnehmen und sich im Interesse der GemeindebürgerInnen zur Wehr setzen.

**Bürgermeister** Manfred Lenger antwortete, für den Red-Bull-Ring gäbe es ohnehin ein Lärmkonzept und es gelte das Veranstaltungsgesetz. Wir meinen hier macht er es sich zu einfach. Was nutzt das



schönste Konzept wenn die Lärmbelastung trotzdem groß ist? Es darf nicht nur auf dem Papier Lärmschrankungen geben. Es muss auch regelmäßig und an verschiedenen Orten kontrolliert werden, ob die Bestimmungen eingehalten werden.

**Das** Leben wird immer hektischer, die Arbeitswelt immer brutaler und fordert den Menschen immer mehr. Daher sind Ruhe und Erholung besonders wichtig. Unsere Region ist wunderschön, aber leider wird sie durch die vielen Lärmquellen als Erholungsort immer mehr entwertet.

**Wenn** Lärm so laut ist, dass er die Gesundheit gefährden kann, oder geltende Auflagen überschritten werden, dann haben PolitikerInnen und Behörde die Verpflichtung zu handeln. Aber auch die Bevölkerung ist aufgerufen aktiv zu werden. Wenn die Verantwortlichen nicht mit dem Unmut über den Lärm konfrontiert werden, wird sich auch nichts ändern.

## Zur Information, die nächsten Gemeinderatssitzungstermine:

Donnerstag, 26.9.2013

Donnerstag, 12.12.2013

Gemeinderatssitzungen sind für Interessierte zugänglich

## Spielberger Nachrichten

### In eigener Sache

Druck und Porto unserer Zeitung kosten viel Geld. Wenn Sie der Meinung sind durch unsere Zeitung gut informiert zu werden, ersuchen wir Sie um eine Spende. Unsere Bankverbindung: Steiermärkische Sparkasse, KoNr.: 26000000617, Bankleitzahl: 20815.

**Die KPÖ nimmt zu politischen Ereignissen Stellung und ist in vielen Fragen aktiv. Aber selten wird in den Medien darüber berichtet.**

Unsere Internetadresse:  
**[www.kpoe-steiermark.at](http://www.kpoe-steiermark.at)**

## Gemeindezusammenlegung Spielberg - Flatschach

Das Land will, dass die Gemeinden Spielberg und Flatschach zusammengelegt werden. Nach den Vorstellungen des Landes sollen von den derzeit 542 bis zum Jahr 2015 nur mehr 285 Gemeinden übrig bleiben.

**Dagegen** gibt es Widerstand. Die „Steirische Gemeindeinitiative“ ist ein Zusammenschluss von über 120 steirischen Gemeinden, die mit der Gemeindestruktureform des Landes Steiermark nicht einverstanden sind. Kernforderung der Initiative ist, dass Gemeinden vor einer Fusion eine verpflichtende Volksabstimmung durchführen müssen. Weiters soll gesetzlich verankert werden, dass Zwangsfusionen nicht möglich sind.

### Und bist du nicht willig, so brauch ich Gewalt

**Man** würde meinen, diese Forderungen müssten in einer Demokratie selbstverständlich erfüllt werden. Nicht so bei SPÖ und ÖVP. In der letzten Landtagssitzung wurde, gegen die Stimmen der KPÖ, die Anliegen der Gemeindeinitiative von SPÖ und ÖVP vom Tisch gefegt. Damit ist klar: Zuerst gibt es „Fusionsprämien“ bis zu 200.000 Euro pro Gemeinde und die Erhöhung der BürgermeisterInnenbezüge. Wenn diese „Lockangebote“ nicht ziehen, setzt das Land auf Zwangszusammenlegungen.

### Spielberg - Flatschach

**In** Flatschach gab es eine BürgerInnenbefragung. Dabei haben sich 84,8% der BürgerInnen bei einer Wahlbeteiligung von 86,8% für die Eigenständigkeit ausgesprochen. Trotzdem wurde in der letzten Sitzung des Spielberger Gemeinderates die Vereinigung mit Flatschach ab 1.1.2015 beschlossen.

**Der** neue Gemeinename lautet Spielberg. KPÖ-Gemeinderat Erich Wilding stimmte als einzige Fraktion gegen diesen Beschluss. Wir haben tiefes Misstrauen gegen die Fusionspläne des Landes. Denn hier stehen Einsparungen und nicht Verbesserungen im Mittelpunkt. Vor allem ist diese Vorgangsweise ganz einfach nicht demokratisch (siehe nebenstehenden Kommentar).

*Liebe  
Spielbergerinnen  
und Spielberger!*

### Gemeindezusammenlegung: Demokratie sieht anders aus!

**Die** KPÖ lehnt Gemeindezusammenlegungen nicht grundsätzlich ab. Aber die Fusion muss der Bevölkerung nutzen und von den GemeindebürgerInnen gewollt sein.

**Gemeindezusammenlegungen** müssen von unten wachsen - und das ist ein langfristiger Prozess. Dazu benötigt es eine offene und ehrliche Debatte und anschließend eine verbindliche Volksabstimmung in allen betroffenen Gemeinden.

**Die** Gefahr, dass durch Gemeindezusammenlegungen gewachsene Gemeindestrukturen zerstört werden ist groß. Die Infrastruktur von Klein- und Randgemeinden (Schulen Kindergärten...) ist gefährdet. Das wäre ein tiefer Einschnitt in die Lebensqualität der Menschen.

**Das** Misstrauen vieler Gemeinden gegen Fusionspläne ist sehr berechtigt. Denn bei der jetzigen sogenannten „Reform“ geht es nicht um Verbesserungen, sondern um Einsparungen.

**Mit** Lockangeboten und Zeitdruck will das Land Zusammenlegungen durchsetzen. Denn die Fusionsprämie des Landes ist nur bis Herbst befristet. Wir hören immer dass gespart werden muss. Wenn es aber darum geht, dass die Mächtigen ihre Vorstellungen durchsetzen, ist plötzlich ist sehr viel Geld vorhanden.

**Dabei** wird nicht geschaut was die einzelnen Gemeinden brauchen, sondern ist wer bereit dem Willen von Voves und Schützenhöfer nachzukommen. Geldsegen für die Willigen, Zwangsfusionierung für die anderen - so etwas wird auch Erpressung genannt.

**Viele** Gemeinden werden wohl noch schnell die Fusionsbeschlüsse fassen. Damit wird eine echte Diskussion über Vor- und Nachteile unmöglich. Der Wille der Bevölkerung bleibt sowieso auf der Strecke.

**Immer** wird über die Politikverdrossenheit der Menschen gejammert. Aber die kommt nicht von ungefähr. Oben wird alles getan um bestimmte Ziele durchzusetzen. Regt sich Widerstand, wird er niedergebügelt. Die Gemeindezusammenlegungen sind das beste Beispiel dafür.

**Bei** der Vereinigung mit Flatschach gab es im Vorfeld weder eine ausführliche Diskussion über Vor- und Nachteile, noch eine verbindliche Abstimmung. Über die FlatschacherInnen wird einfach drübergefahren. Für mich sieht Demokratie anders aus. Deshalb habe ich gegen die Gemeindezusammenlegung gestimmt

**meint Ihr KPÖ-Gemeinderat  
Erich Wilding  
Kontakt: erich.wilding@hotmail.com**



# BürgermeisterInnenbezüge: Erhöhung um bis zu 54%



**SPÖ und ÖVP nutzen die Gemeindegemeinschaften um auch die Bezüge der BürgermeisterInnen tüchtig anzuheben.**

Berdem erhöht sich das BürgermeisterInnengehalt um weitere 25% wenn kein Nebenberuf ausübt wird. Neu sind auch Gehälter für OrtsteilbürgermeisterInnen. Hier geht es aber nicht nur um BürgermeisterInnen. Abgeleitet von diesem Bezug erhöhen sich automatisch die Einkommen der VizebürgermeisterInnen und des Gemeindevorstandes. Sie alle können sich über deutliche Erhöhungen freuen.

**So** wie es ein „Fusionszuckerl“ von bis zu 200.000 Euro für fusionswillige Gemeinden gibt, so fließt auch der Geldsegen für GemeindepolitikerInnen. Damit will man wohl den Widerstand gegen die Gemeindegemeinschaften abkaufen.

**Ab** 2014 werden die Bezüge der BürgermeisterInnen deutlich erhöht, je nach Gemeindegröße zwischen 11,7 und 53,8%. So bekommt der Spielberger Bürgermeister künftig 4.984 Euro. Welche andere Berufsgruppe (mit Ausnahme von Managern) kann sich über solche Steigerungen freuen?

**Die** Bezüge sollen künftig automatisch steigen. Au-

**Die** KPÖ lehnt das ab. Wir stimmten im Landtag dagegen. Die bisherigen Bezüge sind im Vergleich zu den Löhnen und Pensionen schon jetzt sehr hoch. Wir sind dafür die Bezüge in kleineren Gemeinden maßvoll zu erhöhen, aber wir sind gegen die Erhöhung in Gemeinden über 5.000 EinwohnerInnen und auch gegen die automatische Anpassung.

**Wir** fordern auch eine Unvereinbarkeitsregelung (Berufsverbot) für BürgermeisterInnen von Gemeinden über 10.000 EinwohnerInnen. Gemeinden dieser Größe können nicht mehr als Nebenjob regiert werden. All diese Vorschläge hat die KPÖ im Landtag als Antrag eingebracht, sie wurden von SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grünen abgelehnt.

## BürgermeisterInnenbezüge, brutto monatlich, 14 x pro Jahr, gerundet

Einwohner	jetzt	ab 2014	Einwohner	jetzt	2014
bis 500	1.495	2.077	7.001 - 10.000	4.320	5.399
501 - 1.000	1.875	2.492	10.001 - 20.000	5.399	
1.001 - 2.000	2.160	3.323	10.001 - 15.000*		6.230
2.001 - 3.000	2.575	3.738	15.001 - 20.000		7.061
3.001 - 5.000	2.824	4.153	20.001 - 30.000	7.060	7.892
5.001 - 7.000	3.655	4.984	über 30.000*		8.307

\* Diese Gliederungen sind neu und gelten ab 2014

## Bezüge der anderen GemeindefunktionärInnen

Prozentsatz vom BürgermeisterInnenbezug, monatlich, 14 x im Jahr

VizebürgermeisterIn: je 30%

FinanzreferentIn: 30%

StadträtInnen: je 20 %

Ausschussvorsitzende: max. 20%

**Neu:** OrtsteilbürgermeisterIn: 30% des Bürgermeisterbezugs, der der EinwohnerInnenzahl des Ortsteiles entspricht.



**Restplätze für Kinderland-Ferien am Turnersee in Kärnten!**

*Schnupperwoche, Äktschnwoche und Reitwoche (11.8. bis 17.8.) sind noch Plätze frei.*

Restplätze gibt es auch noch für die Erlebnisturnusse am Turnersee vom 28.7. bis 17.8. mit 2- oder 3 Wochenaufenthalt.

**Anmeldung und Information:**

Kinderland Graz,

Mail: office@kinderland-steiermark.at Tel.: 0316/829070

## Ferienaktion: Zuschuss fraglich

**Vor** der Bezirkszusammenlegung gab es für Kinder unseres Bezirkes von der BH einen Zuschuss zur Ferienaktion in der Höhe von 31,47 Euro pro Woche. Im Bezirk Judenburg gab es eine andere Regelung, in der nur bedürftige Kinder eine Zuschuss bekamen.

**Durch** die Bezirkszusammenlegung von Judenburg und Knittelfeld ist nur mehr eine einheitliche Lösung möglich. Es ist völlig offen ob und in welcher Form es diesen Zuschuss noch geben wird.

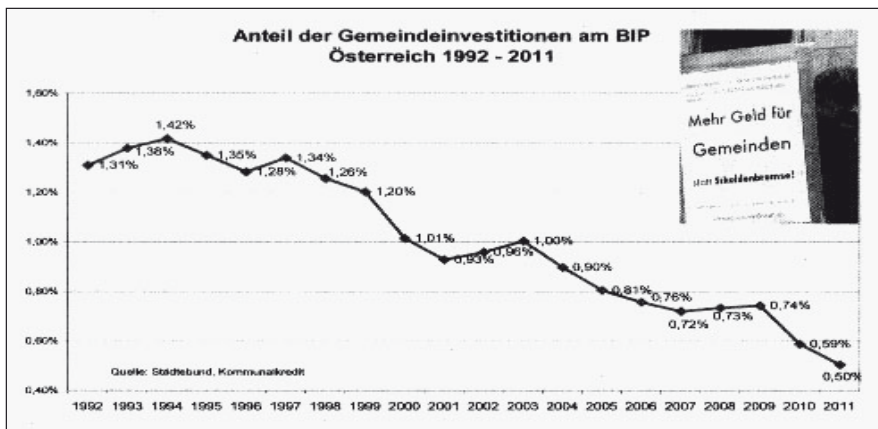
## Nachtragsvoranschlag oder das Lied vom Spare

Wenn sich Einnahmen oder Ausgaben gegenüber dem Budget deutlich ändern, muss der Gemeinderat die Änderungen in einem Nachtragsvoranschlag beschließen. Der Nachtragsvoranschlag wurde einstimmig beschlossen. Die wesentlichsten Änderungen sind Mehrausgaben für die Errichtung der Korngasse und verschiedene Straßensanierungen

Der Bürgermeister und die anderen Fraktionen betonten, dass ein strikter Sparkurs gefahren werden muss. Was hier mit dem positiv besetzten Wort „sparen“ beschrieben wird, bedeutet in Wirklichkeit Verzicht auf notwendige Investitionen.

KPÖ-GR Erich Wilding machte klar, dass das der falsche Weg ist. Mit diesem Sparwahn, der uns von der EU mittels der Maastricht-Kriterien aufgezwungen wird, wurde 2011 von allen Gemeinden ein Budgetüberschuss von 237 Millionen Euro erwirtschaftet. Finanzministerin Fekter schwärmte von einer „beeindruckenden Budgetdisziplin“. Im Bund allerdings sieht die Sache anders aus. Dort wird ein deutliches Defizit eingefahren. Die Gemeinden sparen zu Gunsten des Bundes.

Dieser Sparwahn hat konkrete Auswirkungen. Von 2009 bis 2011 gingen die Gemeindeinvestitionen um 27 (!) Prozent zurück. Wenn die Investitionen der Gemeinden auf dem Niveau des Jahres 1994 stabil geblieben wären, hätte dies mehr als 20 Milliarden Euro für die neue Investitionen vor allem in die regionale Wirtschaft bedeutet. Investitionen in Kindergärten, Schulen Wohnungen oder Straßen. Das hätte viele Arbeitsplätze geschaffen. So aber beugten sich die Gemeinden dem „Spar“-diktat des Bundes. Und dort versickert das Geld dann für die Banken- und Eurorettung.



### Buchneu- erscheinung

„Denn der  
Menschheit  
drohen Kriege..“

Erhältlich bei  
KPÖ-Knittelfeld-Spielberg  
Friedensstraße 10,  
8720 Knittelfeld  
Tel: 03512/ 82240

Preis: 7,50 Euro

## Sommerkindergarten

Heuer gibt es in Knittelfeld keinen Sommerkindergarten und in Spielberg nur einen Monat lang. Das stellt berufstätige Eltern vor große Probleme.

Der Knittelfelder Bürgermeister erklärte, dass für die Führung einer Kindergartengruppe mindestens 10 Kinder notwendig sind um die Erlaubnis des Landes zu bekommen. Es gäbe zu wenig Anmeldungen.

KPÖ-GR Erich Wilding hat ange-regt, die Gemeinde solle die Koope-ration mit Nachbargemeinden suchen, damit es wenigstens im nächsten Jahr einen durchgehenden Sommerkindergarten für die Region gibt.

## Informationslücke

Bis zu einer bestimmten Grenze werden Gemeindeangelegenheiten wie, Ankäufe oder Subventionen, nicht im Gemeinderat, sondern im Stadtrat beschlossen.

Im Stadtrat sind aber nur SPÖ und ÖVP vertreten. Das bedeutet den anderen Gemeinderatsfraktionen fehlt ein Teil an Informationen über das Gemeindegesehen.

KPÖ-GR Erich Wilding hat deshalb vorgeschlagen, der Bürgermeister solle den Gemeinderat über die Stadtratssit-zung informieren.

Leider antwortete der Bürgermeis-ter, das sei zu zeitaufwendig. Wir meinen, es genügt wenn den anderen Fraktionen einfach die Tagesordnung der Stadtratssitzung gegeben wird. Dann wissen alle was beschlossen wurde und bei Unklarheiten kann nachgefragt werden. Die Verteilung von je einer Einladung an KPÖ und FPÖ ist wohl nur eine Sache von Se-kunden.

## Sprechstunde mit Sozialberatung

KPÖ-STR. Renate Pacher  
und DSA Karin Gruber

Donnerstag,  
5. Sept. 2013

KPÖ-Parteiheim in Knittelfeld  
Friedensstraße 10, 9 bis 12 Uhr  
Vor Anmeldungen: 03512/ 822 40

# Airpower 2013

## Eine Nachbetrachtung

Seit es die Airpower gibt, gibt es auch Kritik an dieser Veranstaltung. Lärm, Umweltbelastung, die Airpower ist eine Waffenschau, Rüstung ein Klimakiller, die Airpower eine Verschwendung von Steuergeld und Flugshows eine Gefahr für die Bevölkerung.

**Sozialistische**, Jugend, Grüne und KPÖ haben bei jeder Airpower eine Gegenveranstaltung auf die Beine gestellt. Heuer stand der Klimawandel im Mittelpunkt. Die bekannte Klimaforscherin Univ. Prof. Dr. Helga Kromp-Kolb kam zu einem Vortrag mit anschließender Diskussion nach Knittelfeld.

**Im** voll besetzten Weißen Saal des Knittelfelder Kulturhauses machte Kromp-Kolb anschaulich klar, dass der Klimawandel voll im Gange ist und wir umdenken müssen wenn die Menschheit überleben will. Es geht darum die Folgen des Klimawandels erträglich zu halten und dafür bedarf es einer drastischen Reduktion des fossilen Energieverbrauchs.

**In** Österreich wird die Erwärmung auf Grund der Gebirgslandschaften noch schneller voranschreiten. **Es braucht einen Kultur- und Wertewandel und eine andere, eine nachhaltige Art des Wirtschaftens. Wenn wir auf dem bisherigen Weg weitermachen werden große Teile der Erde unbewohnbar, Not, Kriege und Völkerwanderungen sind die Folgen.**

### Airpower notwendig für unsere Region?

300.000 BesucherInnen, 20 Millionen Euro Wertschöpfung, so die Jubelmeldungen nach der Airpower. Dabei wird völlig ignoriert, dass es bereits zwei Studien gibt die darlegen, dass die offiziellen Zahlen geschönt und mehr als fragwürdig sind.

**Schon** dem gesunden Menschenverstand ist klar: Eine Veranstaltung, die alle zwei Jahre stattfindet und zwei Tage dauert kann kein nachhaltiger Wirtschaftsmotor für unsere Region sein.

**Auch** in touristischer Hinsicht ist der Nutzen zu hinterfragen. Unsere Region wird damit als laute Militärregion positioniert. Alle Bestrebungen in unserer schönen Gegend einen sanften Tourismus aufzubauen werden dadurch geschädigt. Denn es ist fraglich, ob jemand der Ruhe und Erholung sucht, das Aichfeld als Urlaubsziel wählen wird.

**Wir** brauchen gutbezahlte Arbeitsplätze für 365 Tage im Jahr und keine umweltschädigenden Einmal-Events. Und es ist die Frage zu stellen, ob alles was der Wirtschaft nutzt wirklich auch im Interesse der Menschen ist?



Univ. Prof. Dr. Helga Kromp-Kolb zur Airpower:

*„Es ist ein falsches Signal – angesichts dessen, wohin wir uns als Gesellschaft bewegen müssen.*

*Es geht um Luftqualität, Emissionen, Klimawandel.*

*Die Vorstellung, dass die Zukunft in „Schneller, stärker, größer“ liegt, die ist einfach überholt.“*

Die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen ist aus wirtschaftlichen Gründen unverzichtbar

Ein Überleben der Menschheit können wir uns im Interesse des Wirtschaftswachstums nicht leisten.

(Unbekannter Autor)



*Wir wünschen allen Spielbergerinnen und Spielbergern einen erholsamen Urlaub und einen schönen Sommer!*

Ihr KPÖ-Gemeinderat Erich Wilding,  
die KPÖ-Landtagsabgeordneten  
Claudia Klimt-Weithaler und Werner Murgg  
und die KPÖ-Knittelfeld-Spielberg

# Zur Rückkehr der Formel1

2014 soll es am Red Bullring wieder ein Formel1 Rennen geben. Groß ist der Jubel in den Medien, bei PolitikerInnen, der Wirtschaft und wohl auch vielen BürgerInnen.

**Unter** dem Eindruck der Veranstaltung mit Frau Prof. Kromp-Kolb (siehe gegenüberliegende Seite) beschleicht uns Nachdenklichkeit. Die Warnungen vor der Klimakatastrophe sind durch wissenschaftlich Fakten untermauert. Aber auch ohne wissenschaftliche Daten ist klar, dass Veränderungen im Gange sind. Unwetter, Überschwemmungen, Hitzewellen, dürre Wiesen und Ernteausfälle sind für alle sichtbar. Eine Bäuerin hat erzählt, sie habe noch nie erlebt, dass es auf der Alm so wie heuer über 30 Grad gegeben hat.



**Frau** Prof. Kromp-Kolb hat ausführlich erklärt, dass wenn der fossile Energieverbrauch nicht drastisch reduziert wird, die Folgen für das Klima dramatisch sind. Wenn einmal eine bestimmte Grenze überschritten ist, gerät das ganze System aus den Fugen - ein so genannter Kippeffekt verstärkt und beschleunigt die Veränderung. Deshalb ist jede Einsparung von Treibhausgasen wichtig.

**Deshalb** fragen wir uns, ob der ganze Formel1-Zirkus und seine Rückkehr nach Österreich wirklich Grund zum Jubeln sind? Es geht nicht nur um die Treibhausgase bei Veranstaltungen wie der Airpower oder Formel1 Rennen, die einzeln betrachtet nicht dieses Gewicht haben. Es geht darum, was für ein Denken mit solchen Veranstaltungen gefördert und propagiert wird und wofür so viel Geld ausgegeben wird.

**Damit** unsere Erde - für uns und vor allem für unsere Kinder - bewohnbar bleibt sind große Veränderungen in Wirtschaft, Lebensstil und Wertvorstellungen nötig. Sind Veranstaltungen wie die Airpower oder Formel1 Rennen förderlich damit es zu diesem Umdenken kommt?

## Stadtrat statt Gemeinderat

Grundsätzlich müssen Auftragsvergaben ab einer bestimmten Höhe vom Gemeinderat beschlossen werden. Nun wurde in zwei Fällen beschlossen diese Kompetenz an den Stadtrat zu übertragen. Wir sehen das kritisch.

**Die** Arbeiten (Herstellung und Kanalisation) für die Korngasse wurden ausgeschrieben. Die Auftragsvergabe soll durch den Stadtrat erfolgen, mit der Begründung dass die nächste Gemeinderatsitzung erst im Herbst ist. Ebenso wurde die Auftragsvergabe für den Restausbau der Abwasserbeseitigungsanlage Hammergraben an den Stadtrat übertragen.

**Im** Stadtrat sind nicht alle Fraktionen vertreten und die Sitzungen sind nicht öffentlich. Die Auftragsvergaben finden ohne öffentliche Diskussion statt. Die Kompetenzen des Gemeinderates sollten nicht unterlaufen werden. Das gilt vor allem für Vorhaben - wie das Hammergrabenprojekt - die schon länger geplant sind. Auch ÖVP-Vize-BGM Bernd Liebming unterstützte unsere Sichtweise. KPÖ-GR Erich Wilding hat im Fall Hammergraben gegen die Kompetenzabtretung an den Stadtrat gestimmt. und im Fall Korngasse der Stimme enthalten.

## Der Schrecken mit den Hecken

Eine grüne Hecke macht viel Arbeit. Nach der Pflanzung freut man sich über jedes neue Blatt und jeden neuen Trieb. Oft trübt sich die Freude später. Die Sträucher wachsen schnell und brauchen einen regelmäßigen Rückschnitt.

**Sträucher**, die über das Grundstück ragen werden schnell zum Hindernis, zur Gefahrenquelle oder Anlass für einen Nachbarschaftsstreit. Zweige ragen in den Gehsteig oder Radfahrweg. Der üppige Bewuchs hindert die freie Sicht auf den Straßenverkehr. Im Interesse der Sicherheit sollten GartenbesitzerInnen ihre Hecke einer kritischen Betrachtung unterziehen und gegebenenfalls zur Heckenschere greifen. Auch die Gemeinde muss ein Auge darauf haben, ob Hecken die Sicherheit gefährden und, wenn dies der Fall ist, tätig werden.

## Hundeabgabe - bisher nur Kosmetik

Zu Jahresbeginn haben SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grüne gemeinsam eine Erhöhung der Hundesteuer beschlossen - in vielen steirischen Gemeinden von unter 20 Euro auf mindestens 60 Euro. Auch ein „Hundekundenachweis“ wurde verpflichtend eingeführt, ohne den gleich 120 Euro an Abgaben zu bezahlen sind.

**Aufgrund** der massiven Proteste aus der Bevölkerung ruderten zuerst FPÖ und Grüne, dann auch SPÖ und ÖVP zurück. Sie wollen eine Neuregelung beschließen. Diese lag dem zuständigen Ausschuss vor, fällt aber enttäuschend aus. Lediglich einige Details wurden korrigiert. KPÖ-LAbg. Werner Murgg: „Im vorliegenden Entwurf wurde keine der Hauptforderungen - Ausnahmeregelungen beim Hundeführerschein und Reduzierung der Gebühren - erfüllt. Die Hundeabgabe bleibt auch nach der Neuregelung unsozial und realitätsfremd.“ Nun wurde der Entwurf zur neuerlichen Behandlung in den Unterausschuss zurückverwiesen.



# MITMACHEN!



*Ändere die Welt - Sie braucht es*

## Wofür steht die KPÖ?

Nichts muss so bleiben wie es ist. Damit der Kapitalismus uns und die Erde nicht an die Wand fährt, brauchen wir grundsätzliche Veränderungen. Menschenwürde, Frieden, Völkerverständigung, Freiheit, Gleichheit und Solidarität dürfen kein unerfüllbarer Traum sein. Dafür kämpfen wir. Widerstand gegen das kapitalistische System ist dringend geboten

### Elke Kahr:

*Mieten und Betriebskosten, Öffentlicher Verkehr, der tägliche Einkauf, Strom, Heizung... Alles wird immer teurer. Die Lohnabschlüsse und Pensionserhöhungen bleiben hingegen hinter der Inflation zurück. Nur die KPÖ macht konkrete Vorschläge, wie diese Teuerungswalze aufzuhalten ist.*

### Ernest Kaltenegger:

*Zu einem würdigen Leben gehört ein gesicherter Arbeitsplatz. Jeder Mensch muss die Möglichkeit bekommen, sich seinen Fähigkeiten entsprechend zu entwickeln und von seiner Arbeit menschenwürdig leben zu können.*

## Mitmachen!

Noch nie wurde so viel Reichtum geschaffen wie heute. Trotzdem ist der Großteil der Bevölkerung von sinkender Kaufkraft und steigenden Preisen betroffen. Die Armut nimmt zu, aber auch der Reichtum einiger weniger. Das muss nicht so sein. In einer Gesellschaft muss das Wohl aller und nicht der Profit im Mittelpunkt stehen. **Dafür treten wir ein, und mit DIR sind wir stärker!**



**Sie wollen mitmachen? Wir freuen uns auf Sie!**

**Kontakt: KPÖ-Knittelfeld-Spielberg, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld, Tel: 03512/8 22 40, E-Mail: kpoe.knittelfeld@aon.at**



# Weg mit dem Regress!

In der Steiermark haben Angehörige von pflegebedürftigen Personen und Bezieher/innen von Mindestsicherung ein hartes Los.

Bereits bei einem Einkommen ab 1286 Euro monatlich (1.500 Euro, wenn man kein Urlaubs- oder Weihnachtsgeld bezieht) müssen sie Kostenrückerstattung leisten. Eine Indexanpassung (Valorisierung) gibt es nicht. Auf andere Unterhaltsverpflichtungen (Kinder, Ehepartner) wird beim Regress keine Rücksicht genommen. Auch individuelle Notlagen bleiben unberücksichtigt.

Viele hilflose ältere Menschen sind verzweifelt, wenn sie erfahren, dass das Land ihre Kinder zur Kasse bittet, weil sie zum Pflegefall geworden sind!

Der Regress kommt einer stillen Enteignung der Betroffenen gleich.

Nach seiner Abschaffung in Kärnten ist der unfaire und unsoziale Regress für Angehörige nur noch in unserem Bundesland in Kraft!

### Petition an den Steiermärkischen Landtag:

Der Landtag wird aufgefordert, die 2011 eingeführte Kostenbeteiligungspflicht (Regress) für Angehörige von pflegebedürftigen Personen und Bezieher/innen von Mindestsicherung abzuschaffen.

Name	Adresse	Geb-Datum	Unterschrift

**Bitte unterschreiben und an die KPÖ-Knittelfeld-Spielberg schicken.**